

Potsdams] andere [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Juli 2009

Nr. 7 · 5. Jahrgang

Wahlen

3 Superwahljahr 2009 – Teil 7
Sozialeres Land ist bezahlbar

Potsdam West/Ortsteile

6–8 Vom Bürgerfest über Holperstraßen
zur Kulturscheune

Forum

9 Meinungen zu: Die DDR –
wie wir sie sehen

LINKE vor Ort und immer am Ball

Rolf Kutzmutz, Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg und Anita Tack unterwegs in der Landeshauptstadt

LINKE sind vor Ort immer präsent, haben ein Ohr für die Probleme der Menschen, nehmen die Hinweise der Bevölkerung entgegen, um sie weiter zu verfolgen. Sie versuchen hier und dort konkrete Lösungsvorschläge, Hilfen zu erarbeiten und durchzusetzen. Und letztlich solidarisieren sie sich mit den berechtigten Anliegen verschiedener Bevölkerungsgruppen. Nicht nur zu Wahlzeiten sind LINKE bei den BürgerInnen – allen voran auch unsere Kandidaten für die anstehenden Landtags- und Bundestagswahlen. So sammeln unsere Kandidaten

an ihren Infoständen Unterschriften zum Bürgerbegehren für den freien Uferweg am Griebnitzsee.

Ein beliebter Treffpunkt zwischen LINKEN und PotsdamerInnen sind immer wieder die Info-Stände in allen Teilen der Landeshauptstadt. So trafen wir am 20. Juni auf dem Bürgerfest in Potsdam-West den Direktkandidaten der LINKEN für die Bundestagswahl, Rolf Kutzmutz, im vertrauensvollen Gespräch mit den BürgerInnen.

Seine Bürgersprechstunde verlegte der Landtagskandidat der LINKEN, Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, ebenfalls ins Freie an einen Infostand. Unser Schnappschuss entstand am 19. Juni auf dem Keplerplatz Am Stern. Der 17. Juni 2009 hatte es in der Landeshauptstadt in sich: Bis zu 5.000 Studierende, Hochschulleh-



rer und Schüler zogen durch die Potsdamer Innenstadt. Sie folgten dem bundesweiten Aufruf

zum Bildungsstreik. Für eine bessere Finanzierung der Hochschulen und Schulen sowie Änderungen bei den Bachelor- und Master-Studiengängen, gegen Studiengebühren und Sozialabbau – das waren ihre Forderungen. Abgeordnete der LINKEN (Stadt und Land) waren mit dabei (Foto). So auch die Landtagskandidatin der LINKEN, Anita Tack.



Auf ein Wort...



Nach der Wahl ist vor der Wahl

Von Rolf Kutzmutz, Direktkandidat der LINKEN für die Bundestagswahl

Zugegeben, besonders originell ist es nicht, die tausendfach zitierte Fußballerweisheit von Sepp Herberger „Nach dem Spiel ist vor dem Spiel“ auf Wahlen umzumünzen. Und doch, es bleibt wahr – das, was geschehen ist, ist geschehen, nicht veränderbar; zur Kenntnis zu nehmen. Offen und ehrlich festzustellen, dass einerseits das Ziel, stärkste Partei zu bleiben, erreicht, aber andererseits nicht die Mobilisierung von Wählerinnen und Wählern gepackt wurde, um die politischen Kontrahenten so deutlich zu distanzieren, wie noch vor vier Jahren, gehört dazu. Darüber ist in den vergangenen Tagen seit der Wahl viel geschrieben und diskutiert worden.

Wenn es jedoch einen Nutzen haben soll, das Vergangene gründlich zu bewerten, Mängel aufzudecken, Schwachstellen zu analysieren, dann nur, um daraus Schlussfolgerungen abzuleiten.

Das heißt für uns, jetzt mit voller Kraft die Landtags- und Bundestagswahlen anzugehen.

Der Vorteil dabei ist: wir werben für unsere Wahlziele mit konkreten Personen, die in

(Fortsetzung auf SEITE 2)

„Sozial gesichert aktiv leben – für alle Generationen“

Erfolgreiche 16. Brandenburgische Seniorenwoche in Potsdam

Vom 12. bis 21. Juni 2009 fand die schon zur Tradition gewordene 16. Brandenburgische Seniorenwoche unter der Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters Jann Jakobs in Potsdam statt. Das Motto in diesem Jahr lautete: „Sozial gesichert aktiv leben – für alle Generationen“. Ziel der Seniorenwoche war (und ist) die Förderung des senienpolitischen und bürgerschaftlichen Engagements bei den älteren Bürgern der Stadt.

Die Veranstaltungen – von der Eröffnung im Stern-Center (Foto) bis hin zum abschließenden Chorkonzert im Malteser Treffpunkt Freizeit – sollten das Miteinander der Senioren und deren Organisationen mit den gesellschaftlichen Gremien der Stadt fördern, aber auch die Freude an Geselligkeit und Sport.

Foto: Drescher



(Fortsetzung von SEITE 1)

der Stadt bekannt sind, die nicht nur vor Wahlen das Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern suchen, sondern die ständig im Kontakt mit Menschen unterschiedlichster Ansichten, Überzeugungen, Berufe und – ja auch – Alters sind. Mobilisierung aller, die uns unterstützen, und Gewinnung von möglichst vielen Menschen, die uns wählen, das ist jetzt unser Ziel. Wir haben das Programm und die Personen dafür – und damit in Potsdam und Umgebung eine solide Basis, die es zu nutzen gilt.

Liebe Potsdamer Genossinnen und Genossen,
vielen Dank für Eure Unterstützung unseres Wahlkampfes, insbesondere den Einsatz von Pete Heuer hier in Weinheim. Auch dank Eurer Hilfe haben wir den Aufbau der LINKEN hier vor Ort inzwischen gut vorangebracht.

Carsten Labudda,
Ortsvorsitzender
DIE LINKE.Weinheim

Rentengerechtigkeit jetzt!

Anfang Mai lehnte die Mehrheit der Abgeordneten im Deutschen Bundestag die Anträge der LINKEN zur Korrektur der Rentenüberleitungsgesetze für DDR-Renten ab. Die Mehrheit des Hauses hat die Chance verpasst, mehr Rentengerechtigkeit zu schaffen! Ich meine, dass das Rentenrecht nicht der Platz für die Bewertung eines Gesellschaftssystems ist!

Bisher hörten wir Argumente wie: „Der Rentenanpassung für die Ost-Balletttänzerin hätte man zustimmen können, aber nicht der für Polizisten“, so Abgeordnete der SPD und der Grünen. In den letzten Jahren wurden die Anträge zur Rentenüberleitung im Paket abgestimmt – „darum konnte man dem nicht zustimmen“, so die Abgeordneten. Dann stimmen wir jetzt einzeln ab und namentlich, so die Überlegung der

Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag. Wer nichts für Polizisten tun möchte oder für ehemalige Beschäftigte der Parteien, der kann beispielweise zugunsten der Geschiedenen stimmen, die um einen Versorgungsausgleich kämpfen.

Ein Blick in unsere Anträge zeigt, dass die Belange ganz verschiedener Betroffener angesprochen werden, nicht nur die der DDR-Elite. So geht es um Beschäftigte im Gesundheitssystem, um Geschiedene aber auch um Beschäftigte von Bahn und Post, um Balletttänzer/innen ebenso wie um Bergleute und die Lehrerschaft.

Die Alterseinkommen verschiedener Berufsgruppen Ost liegen noch weit unter denen im Westen. Wissenschaftler/innen erhalten höchstens 50 Prozent und Krankenschwestern erreichen momentan 68 Pro-

zent. Selbst wenn ihnen der besondere Steigerungssatz zuerkannt würde, lägen sie noch unter den vergleichbaren Westrenten. Nach 1990 wurden die DDR-Alterssicherungssysteme in das bundesrepublikanische Rentensystem überführt. Das war eine zu achtende Leistung. Aber die Überführung allein in die Rente zu bundesdeutschen Bedingungen brachte zahlreiche Regelungen, die ungerecht und diskriminierend sind und auch bis heute soziale Härten hervorbringen. Auf solche Fälle beziehen sich unsere Anträge. Mit 17 Einzelanträgen hat die LINKEN den Abgeordneten der anderen Parteien eine Brücke gebaut – nun hätte auch die Koalition den Ostdeutschen zeigen können, wie ernst sie es meint. Die Kanzlerin hatte schon bis 2007 eine Verbesserung versprochen. DIE LINKE hat

die namentliche Abstimmung gefordert, damit die Wähler/innen genau sehen können, wer hinter ihrer berechtigten Forderung nach Anerkennung der Lebensleistung steht – und wer nicht.

Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE stimmten geschlossen dafür. Katherina Reiche (CDU) stimmte konsequent gegen alle Anträge. Cornelia Behm (B90/Die Grünen) enthielt sich bei einigen Anträgen und lehnte die restlichen ab. Bei Heinz Lanfermann (FDP) war es genau andersrum. Andrea Wicklein (SPD) war interessanterweise bei keiner Abstimmung anwesend. Näheres zu den Abstimmungen finden Sie unter: <http://www.diana-golze.de/fileadmin/golze/texte/Rentenerueberleitung.pdf>

Diana Golze, MdB DIE LINKE

Patenschaft mit Weinheim in Baden-Württemberg

Seit nunmehr vier Jahren gibt es eine Patenschaft zwischen der LINKEN in Potsdam und der an der Bergstraße ganz in der Nähe von Mannheim gelegenen Stadt Weinheim. Weinheim hat ca. 40.000 Einwohner und seit dem 7. Juni mit Carsten Labudda den ersten Stadtrat (= Stadtverordneter) der LINKEN (3,5%). In den Kreistag des Rhein-Neckar Kreises konnten sogar 3 Vertreter der LINKEN einziehen. Damit beginnt der

Weg der kommunalen Verankerung der Partei.

DIE LINKE hat Gesicht und Ansprechpartner vor Ort bekommen. Mit inzwischen 40 Mitgliedern wurde die Plakatierung und die Verteilung von Wahlflyern flächendeckend organisiert. Hinzu kamen eine exzellente Medienarbeit und zahlreiche Infostände. DIE LINKE wurde gleichberechtigt – um nicht zu sagen rundum positiv – dargestellt.

Dennoch ist es ein mühsamer Weg, um 2011 dann bei den Landtagswahlen sicher über 5% zu kommen. Erneut bewährt hat sich die gegenseitige personelle Unterstützung. Waren im Kommunalwahlkampf 2008 vier Genossen aus Baden-Württemberg in Potsdam im Einsatz, konnte zur EU-Wahl, dort war gleichzeitig Kommunalwahl, organisationsbedingt nur ein Genosse aus Potsdam nach Weinheim fahren.

Die Region gilt als „Armenhaus“ Baden-Württembergs. Umso wichtiger, dass DIE LINKE auch hier als die Partei der „Kümmerer“ empfunden wird. Mit dem langjährigen Betriebsrat des größten Industriebetriebes von Weinheim, Jürgen Gulden, und dem Ortsvorsitzenden, Carsten Labudda, kommt dieses Engagement der LINKEN nicht zu kurz. Glückwunsch zum Wahlergebnis!

Pete Heuer

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“
Die Linke Monatszeitung für die Landeshauptstadt.

HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam: Günther Waschkuhn, Vorsitzender. Alleestraße 3, 14469 Potsdam.

REDAKTION: medienpunkt.potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); **Rainer Dyk**, Redakteur; **H. Jo. Eggstein**, Layout; **Jens Hörnig**, Reisen, Service; **Renate Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;

ANZEIGEN: Sekretariat.

BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto.-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00

„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.

BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv

DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.



Wahlparty in der Alleestraße

Es gab Grund genug zum Feiern am Abend des 7. Juni 2009. Helmut Scholz (unten 2. v. r.) wird einziehen ins Europa-Parlament. Und mit ihm sieben weitere LINKE. Das ist ein Erfolg, der – trotz der bekannten Probleme bei den Europawahlen – eine insgesamt gute Basis darstellt für kommende Aktionen im Superwahljahr. Zu den ersten Gratulanten gehörten deshalb auch Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg und Anita Tack, die jetzt als unsere Kandidaten den Wahlkampf zu den Landtagswahlen bestreiten (Foto unten). Die Stimmung war auch deshalb am EU-Wahlabend insgesamt positiv in der Alleestraße. Mit dafür sorgten auch die Musiker von „kitchen groove“ (Foto rechts)

Fotos: R. Dyk



Ein sozialeres Land ist bezahlbar!

Europawahl erreichte zu wenige Menschen/Ziel zur Bundestagswahl: „Zehn Prozent plus x“

Nun ist die Wahl des Europäischen Parlaments 2009 Geschichte: Immerhin 99 der 736 Mandate im Europäischen Parlament wurden in der Bundesrepublik gewählt. DIE LINKE konnte zulegen: Künftig ist sie mit acht – statt der bisherigen sieben – Abgeordneten vertreten, darunter auch Lothar Bisky und Helmut Scholz.

Man könnte zufrieden sein. Doch die Messlatte lag höher, viele Sympathisanten einer solidarischen Entwicklung Europas wurden nicht erreicht. Scheinbar frustriert es Wähler(innen) zunehmend, wenn Parteien mehr mit Flügelkämpfen von sich reden machen als mit überzeugenden Politikangeboten. Als sei die wachsende Politikverdrossenheit nicht schon schlimm genug, finden sich dann immer wieder Medien oder auch Insider, die aus mehr oder weniger persönlichen Interessen brauchbare Vorschläge wider besseres Wissen abwerten. So trifft DIE LINKE regelmäßig der Vorwurf, sie sei eine „reine Protestpartei“ und unter-

breite lediglich „unfinanzierbare Vorschläge“.

Tatsächlich werden solide Finanzierungsvorschläge unterbreitet – wie durch die Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 53 Prozent, die Besteuerung von Privatvermögen von über einer Million Euro mit mindestens fünf Prozent besteuern, die Erhöhung der Erbschaftssteuer für große Erbschaften, die Einführung der Börsenumsatzsteuer oder die Rücknahme der Körperschaftssteuersenkung von 25 auf 15 Prozent. Damit muss man nicht einverstanden sein. Aber eine verantwortungsbewusste Information der Wähler(innen) und eine sachliche Auseinandersetzung mit politischen Programmen und tatsächlich geleisteten wären allen demokratischen Kräften zu wünschen.

Glaubwürdige und klare Programme motivieren zum Einmischen

Denn gerade hierzulande haben so viele Menschen Gründe,

auch mit ihrer Wählerstimme die Politik zu verändern: Die Arbeitslosigkeit ist im Osten fast doppelt so hoch wie im Westen, die Menschen hier leben zu fast 20 Prozent in Armut. Als einzige Partei im Deutschen Bundestag hält DIE LINKE am Verfassungsauftrag der Angleichung der Lebensverhältnisse fest – und verlangt nicht nur gleichen Lohn für gleiche Arbeit in gleicher Arbeitszeit und gleiche Rente für gleiche Lebensleistung, sondern auch einen respektvollen Umgang mit den unterschiedlichen Biografien aus dem Osten Deutschlands. Und auch das ist ein gesamtdeutsches Thema, das sich um das zentrale Anliegen eines Lebens in Würde dreht.

Im Bundestag forderte die Fraktion immer wieder die Auseinandersetzung mit Mehrheitsmeinungen der Bevölkerung zur unsäglichen Hartz-Gesetzgebung, zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr oder zur Rente erst ab 67. So trifft die Politik des Sozialabbaus und der Militarisierung auf eine kraftvolle linke Op-

position – auf der Straße und in den Parlamenten. Mag sein, dass DIE LINKE deshalb die einzige große Partei ist, die trotz eines schwierigen Zusammenwachsens aus vielfältigen Wurzeln von PDS und WASG einen Mitgliederzuwachs verzeichnen kann. Bereits zwei Jahre nach ihrer Gründung vertreten sie Abgeordnete in zwölf Landtagen, in zehn davon sogar in Fraktionsstärke. Wenige Tage nach dem „Geburtstag“ am 16. Juni stellte der Bundestagswahlparteitag am 20. und 21. Juni in Berlin die Weichen für das Bundestagswahlprogramm.

„Zehn Prozent plus x“ für ein solidarisches Land – nach innen und außen

Mit dem Programm für den Bundestag will DIE LINKE ihren Willen und ihre Fähigkeit zum gemeinsamen Handeln signalisieren. Für die Bundestagswahl am 27. September setzt sie sich das Wahlziel „Zehn Prozent plus x“.

Solidarische Politik ist finanzierbar!

DIE LINKE schlägt vor:

- Grundfreibetrag in der Einkommensteuer auf 9.300 Euro erhöhen, dafür Spitzensteuersatz auf 53 Prozent anheben
- „Millionärssteuer“ für Privatvermögen von über einer Million Euro von mindestens fünf Prozent
- Erbschaftssteuer für große Erbschaften erhöhen
- Börsenumsatzsteuer wieder einführen
- Rücknahme der Körperschaftssteuersenkung von 25 auf 15 Prozent
- Umsatzsteuersatz von sieben Prozent ausweiten auf Produkte für Kinder, apothekenpflichtige Arzneimittel und arbeitsintensive Dienstleistungen des Handwerks

-ed

Klassenkampf zu Zeiten Friedrichs II.

Juli 1779

Hatte unter Friedrich Wilhelm I. bereits das große Bauen in Potsdam begonnen (schließlich konnte und sollte Potsdam zu einer Garnisonstadt ausgebaut werden), so wurde es unter Friedrich II. fortgesetzt. Dass dabei die Menschen, die die ei-

gentliche Arbeit verrichteten, selbstbewusster wurden und auf sich aufmerksam machen wollten, leuchtet ein. Schließlich vertraten sie ihre eigenen Interessen. Und so richteten sie, die Maurergesellen, ein Gesuch an den König mit der Bitte, ihrer

Vereinigung eine eigene Fahne zu gestatten. Doch der reagierte am 27. Juli 1779 ablehnend-brüsk in einer Kabinettsordre. Er wüsste gar nicht, so schrieb er, wozu die Maurergesellen eine solche Gewerksfahne „...gebrauchen oder nöthig ha-

ben...“, und forderte den Potsdamer Magistrat dazu auf, dass er „...dieselben mit ihrem unstatthafter Gesuch ab- und zur Ruhe verweisen soll.“

Knappe siebzig Jahre später – 1848 – sah auch in Potsdam die Welt politisch anders aus!

„Heute noch auf stolzen Rossen...“

Juli 1914

Wilhelm II. erklärte am 31. Juli 1914 den Kriegszustand

Im Frühling und Sommer 1914 glich Europa einem Pulverfass. Seit dem Deutsch-Französischen Krieg 1870/71, aus dem das Deutsche Reich hervorgegangen war, hatten sich die Widersprüche zwischen den europäischen Mächten verschärft. Entstanden war einerseits der „Dreibund“ (Deutschland, Österreich und bis 1915 Italien) und andererseits die „Entente“ (Frankreich, Russland, England, Japan und seit 1915 Italien). Jeder dieser Machtblöcke suchte den Lauf der Geschichte zu seinen Gunsten zu entscheiden. Besonders Wilhelm II. hatte sich

mehrfach öffentlich für eine gewaltsame Lösung dieses Konflikts geäußert.

Da fielen in Sarajevo am 28. Juni 1914 die Schüsse des 19-jährigen Gymnasiasten Gavrilo Princip in das Pulverfass Europa. Sie trafen den Thronfolger und Erzherzog Franz Ferdinand nebst seiner Gattin.

Um alle Fragen zwischen den Mächten des Dreibundes zu klären, fanden am 05./06. Juli 1914 im Neuen Palais die „Potsdamer Beratungen“ statt. Hochbetrieb auf dem Kaiserbahnhof Wildpark. Der österreich-ungarische Botschafter kam an und der Kabinettschef des österreichischen Außenministers. Der deutsche „Blitzkriegsplan“ wurde noch einmal durchgespielt: Alle Kraft gegen

Frankreich, um dann die verfügbaren Truppen gegen Russland werfen zu können. Bald war man sich in den Verhandlungen einig: Die gegenseitigen Bündnisverpflichtungen wurden wirksam – der Krieg konnte beginnen.

Am 31. 07. 1914 unterschrieb Wilhelm II. im Neuen Palais das Dokument über den Kriegszustand. Am 09. August 1914 trat die kaiserliche Familie noch einmal im Potsdamer Lustgarten auf. Bei der Verabschiedung des 1. Garde-Regiments zu Fuß verteilten die Kaiserin und die Kronprinzessin Rosen an die Offiziere.

Tage vorher schon, am 04. August 1914, hatte Potsdam die ersten beiden Kriegsoffer zu betrauern: der Maschinenbauer

Fritz Seegebarth (23-jährig) und der Seemann Bruno Zappe (26 Jahre alt) fielen auf dem „Felde der Ehre“.

Mit der Unterzeichnung des Dokuments über den Kriegszustand hatte Wilhelm II. nicht nur schlechthin ein Dokument unterschrieben, sondern zugleich das Todesurteil für 10 Millionen Soldaten, Offiziere und Zivilisten, zu denen auch 1.646 Potsdamer zählten, gefällt. Weitere 20 Millionen Menschen wurden verwundet.

Und am Ende des Völkerschlachtens – immerhin befanden sich 38 Staaten im Kriegszustand – standen die Abdankung der deutschen Monarchie, die Revolution von 1918 und die Gründung der Weimarer Republik. -rt

Der Illegale

Juli 1949

Am 02. Juli 1949 verstarb der Ministerpräsident Bulgariens, Georgi Dimitroff, weltweit hoch geachtet. Auch in Potsdam gedachte man seiner. Am 05. Juli 1949 fand eine Trauerfeier für ihn im Nikolaissaal statt. Es sprachen der paritätische Vorsitzende des Kreisvorstandes Groß-Potsdam der SED, Paul Bismark, und der Oberbürgermeister der Stadt Potsdam, Walter Paul. Vor allem würdigten sie seinen Kampf im Reichstagsbrandprozess 1933, in dem er die wahrhaft Schuldigen entlarvte.

Doch die Verbindungen Dimitroffs zu Potsdam reichen wei-

ter zurück. Bereits Ende der 20er Jahre, wieder einmal lebte Dimitroff unter den Bedingungen der Illegalität, wurde Heinz Neumann, enger Mitarbeiter Ernst Thälmanns, beauftragt, für dessen Sicherheit und eine Unterkunft zu sorgen. Die fand er in Potsdam, Babelsberger Straße 4. Dort lebte auch Margarete Buber-Neumann, die begeistert war von der Agilität, dem Wissen und der Diskussionsfreude des Mannes, den sie erst 1933 mit Hilfe des Zeitungsfotos, das zu Beginn des Reichstagsbrandprozesses veröffentlicht wurde, identifizieren konnte: Georgi Dimitroff.



Den Männern des 20. Juli zum Gedenken

Juli 1949

Der antifaschistische Widerstand gegen Hitler sei hauptsächlich von Kommunisten organisiert worden, und dementsprechend sei auch das Gedenken (im Osten Deutschlands, d. Red.) gewesen – so jedenfalls liest und hört man es heute als Vorwurf immer wieder.

Dem steht beispielsweise die Gedenkveranstaltung der Verei-

nigung der Verfolgten des Nazi-regimes (VVN) am 20. Juli 1949 – fünf Jahre also nach dem gescheiterten Attentat Stauffenbergs auf Hitler – entgegen. Im Landtagsgebäude (heute Sitz der Brandenburgischen Regierung) kamen Mitglieder dieser Organisation zur ersten Gedenkfeier für die Männer des 20. Juli 1944 im Brandenburgischen zusammen.

Dr. Otto Korfes, ehemaliger Offizier der Wehrmacht und Mitbegründer des „Nationalkomitees Freies Deutschland“, hielt die Gedenkrede. Er würdigte den Mut der Attentäter, das „Nessushemd zu tragen“, ihr Leben als Zeichen dafür hinzugeben, dass es in der Wehrmacht Widerstand gegen Hitler gegeben habe. Auch aber zeigte er auf, dass dieses Atten-

tat eine isolierte Aktion von Militärs geblieben und deshalb nicht erfolgreich gewesen war.

Jahrzehnte später war es der Potsdamer Pfarrer Gottfried Kundendorf, der in christlicher Verantwortung Veranstaltungen zu Ehren dieser mutigen Männer in der Bornstedter Kirche organisierte.

Verkehrswende in Brandenburg – umweltgerechte Mobilität für alle!

Öffentlicher Nahverkehr muss bezahlbar bleiben/Mobilitätsticket soll auch für Berlin gelten

So lautete das Motto der Verkehrskonferenz der Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt der Partei DIE LINKE am 13. Juni in Potsdam. Die ca. 50 Teilnehmer hörten zunächst einige sehr interessante Vorträge, ehe dann ausgiebig diskutiert wurde. Den Einstieg gab die verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Brandenburger Landtag und Präsidentin der Landesverkehrswacht, Anita Tack. Sie erläuterte ausführlich die Hauptrichtungen der Verkehrspolitik der Brandenburger LINKEN. Hervorzuheben sind drei Themenkomplexe, die in der nächsten Wahlperiode des Landtags unbedingt angegangen werden sollen. Zum Einen muss das als „Mobilitätsticket“ gestartete Sozialticket so schnell wie möglich verbessert, d.h. an die Bedürfnisse der Nutzer angepasst werden. Es muss auch für Fahrten nach Berlin gelten. Bisher ist die Nutzung auf Brandenburg beschränkt. Und es sollte nicht nur als Monatskarte, sondern auch als Wochen- und Tageskarte verfügbar gemacht werden. Die zweite Forderung der LINKEN ist auf den elternbeitragsfreien Schülerverkehr als Landesaufgabe gerichtet. Drittens schließlich richtet sich das Augenmerk immer stärker auf die Probleme von Lärm, Feinstaub und CO₂ sowie die Erhöhung der Verkehrssicherheit.

Anregende Ideen zur Zukunft des ÖPNV im ländlichen Raum stellte Prof. Dr. Heinze von der TU Berlin vor. Er legte Wert auf den Begriff „Gemeinschaftsver-



kehr“ anstelle der Abkürzung ÖPNV und verwies auf positive Beispiele in Nordeuropa, aber auch in der Region um Wittenberg in Sachsen-Anhalt. An Stichworte, wie fahrplanunabhängige Anrufbusse, Taxigutscheine, Flächenverkehrsmittel anstelle von Linienverkehrsmitteln, aber auch PKW-Fahrgemeinschaften werden wir uns wohl bald gewöhnen. Wichtig war der Hinweis, dass genügend Geld im Gesamtsystem Verkehr vorhanden ist und dass es darauf ankommt, auch Autofahrer „ÖPNV-fähig“ zu machen.

Frank Hildenbrandt (Verbraucherzentrale und dort Leiter des „Klimateams“) zog den Kreis zum Klimaschutz und nannte Stichworte wie Preise, Verfügbarkeit, Taktung, Anschlüsse, Sicherheit, Sauberkeit, Informati-

on, Image, die verbesserungswürdig und – fähig sind, um den ÖPNV zu stärken. Auch dürfte man nicht davor zurückschrecken, die Kostendifferenz zwischen ÖPNV und Auto z.B. durch höhere Parkgebühren zu unterstützen.

Carsten Zinn (ver.di) berichtete über Erfahrungen mit dem „Mobilitätsticket“. Michael Schlegel (BUND) verwies auf nicht nötige Autobahn- und Straßenbaupläne, wie die A 14 und eine ganze Reihe von Ortsumgehungen. Er forderte, dass auch in Potsdam eine Umweltzone eingeführt werden soll und zwar für das ganze Stadtgebiet ohne die neuen Ortsteile. Die abschließende Podiums-

diskussion brachte die nicht ganz unerwartete Erkenntnis, dass sich nach den herbstlichen Wahlen im Lande politisch etwas ändern muss, wenn die dringend erforderliche Verkehrswende denn kommen soll. Und noch eine Anregung: Selbst ein für die Nutzer völlig kostenfreier Nahverkehr wäre heute billiger als in einigen Jahren die Reparatur der durch den privaten Autoverkehr verursachten Schäden. Allerdings, auch DIE LINKE ist eine Partei von Autofahrern. Mobilität für alle, flexibel, sozial gerecht und umweltfreundlich – diese Diskussion wird uns wohl noch längere Zeit beschäftigen.

Klaus-Uwe Gunold



Für unsere Fraktion habe ich beantragt, dass der Oberbürgermeister dafür sorgen möge, bei den weiteren Bauarbeiten in der Potsdamer Mitte zwischen 6 und 20 Uhr in der Breiten Straße und auf der Langen Brücke zwei Fahrspuren je Richtung frei zu halten, um Staus zu vermeiden. Dr. Seidel (SPD) hat darauf bestanden, dieses klar formulierte Anliegen erst in den SB-Ausschuss zu überweisen. Warum? Er und Frau Hüneke (Grüne) nörgelten im Ausschuss daran herum, dies ginge angeblich nicht. Frau Kuick-Frenz sinnierte gar, dass unsere Fraktion beabsichtigen würde, sämtliche Bauarbeiten nur noch nachts durchführen zu lassen. Und angeblich würden wir eine Kostensteigerung

Stau war lange genug!

LINKE: Intelligente Baustellenlogistik beantragt

betreiben. Natürlich ist das Unsinn. Deshalb hier noch mal zur Erinnerung. Ich habe seinerzeit eine Variante vorgeschlagen, bei der zunächst nur ein Teil des Stadtschlösses gebaut würde. Dabei wären über 30 Millionen Euro für Baufeldfreimachung gespart worden! Nachdem die Koalition den Bau eines kompletten Neubaus auf früherem Schlossgrund durchgesetzt hatte, habe ich für die Fraktion eine Variante erarbeitet, bei der wenigstens die Hälfte der Friedrich-Ebert-Straße offen geblieben wäre, womit mancher Stau

vermeidbar wäre. Auch das wurde ignoriert und abgelehnt. Jetzt ist das Buddeln voll im Gange. Alle paar Tage gab es Stau in alle Richtungen. Nun haben wir als Fraktion beantragt, wenigstens tagsüber je zwei Fahrspuren bereitzustellen. Selbstverständlich ist so etwas möglich. Vor jeder geplanten Sperrung legt man einen Nebenfahrstreifen an (tagsüber) und nur die Umlenkung der Spur organisiert man abends. Dann kann man wieder etliche Tage an der anderen Spur bauen, ohne den Verkehrs-

fluss unnötig zu behindern. Es zeichnete sich ab, dass die Vertreter der Rathauskoalition nicht imstande oder nicht willens waren, dies zu verstehen. Eine Ablehnung unseres Antrages stand zu befürchten. Inzwischen räumte die Baubeigeordnete ein, doch versuchen zu wollen, unser Anliegen zu erfüllen. Vor diesem Hintergrund haben wir dieses Bemühen im Protokoll festgehalten und von einer Abstimmung des Antrages abgesehen, um ein negatives Signal aus dem Ausschuss zu vermeiden. Es geht darum, die Potsdamer und ihre Gäste künftig nicht mehr als nötig durch Stau zu behindern und den Weg für Rettungsfahrzeuge frei zu halten.

Dipl.-Ing. Ralf Jäkel



Der lange Weg zur Kulturscheune von Marquardt

Sie ist ein Schmuckstück – außen wie innen, die neue Kulturscheune in Marquardt. Man sieht ihr heute weder das ursprüngliche Alter noch ihre jüngere Entstehungsgeschichte an. Denn, was wie ein Bauwerk aus einem Guss wirkt, konnte erst auf Umwegen und nach mehreren Anläufen geschaffen werden.

Eine Scheune gab es an diesem Standort im Zentrum von Marquardt schon im 19. Jahrhundert. Damals gehörte sie zum Rittergut und diente der Heu- und Strohlagerung. Auch als der Gutsbetrieb im Jahre 1928 aufgelöst wurde, erfüllte die Scheune ihren Zweck als Gemeindegemeinschaft weiter.

1939 durch Brandstiftung stark beschädigt, konnte sie aus Mitteln der Feuerversicherung wieder aufgebaut werden.

In ihrer schlichten Fachwerkbauweise war die Scheune immer auch ein ansehnlicher Blickfang in der Dorfmitte unweit der Zufahrt zum Schlosspark.

Nach dem Zweiten Weltkrieg ist weiter Heu und Stroh eingelagert worden bis zum Auslaufen der Tierhaltung und einer stärkeren Hinwendung zum Obstanbau im Havelland: Jetzt war aus der Scheune ein Obstlager geworden.

Nach 1991 diente das Gebäude als Unterstellraum für die Transporttechnik der Gemeinde. Seit dieser Zeit standen der große Raum und auch der Vorplatz für die Durchführung von



Veranstaltungen der örtlichen Vereine und für das jährliche Dorffest zur Verfügung.

Nach der Eingemeindung von Marquardt zur Landeshauptstadt Potsdam und der Bewilligung von Fördermitteln der ländlichen Entwicklung konnten die Umbauarbeiten an der Scheune beginnen. Als sich nach einer bereits erfolgten Dachsanierung herausstellte, dass der alte Dachstuhl nicht mehr tragfähig war, begann der grundlegende Umbau der Scheune.

Nur wenige originale Stützbalken sind als Zeugen der Vergangenheit übrig geblieben. Sie zieren heute den in allen Belangen modernen und variabel gestaltbaren Innenraum, der etwa 120 Personen Platz bietet.

Grundlage der künftigen Scheunennutzung ist ein zwi-

schenden dem Eigentümer KIS (Kommunaler Immobilienservice) und dem Kultur- und Heimatverein vereinbarter Mietvertrag, nach welchem sowohl ein bestimmter monatlicher Mietzins als auch die Betriebskosten aufzubringen sind. Um das anspruchsvolle Nutzungskonzept kostendeckend umsetzen zu können, ist der Kultur- und Heimatverein auf eine finanzielle Unterstützung seitens der Stadtverwaltung angewiesen.

Hilfreich war ein Antrag der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung vom Dezember 2007, wonach die Voraussetzungen für eine dauerhafte Nutzung der neuen Marquardter Kulturscheune geprüft werden sollten.

Am 25. April 2008 war die feierliche Übergabe der Kultur-

scheune an den künftigen Träger, den „Kultur- und Heimatverein Wublitztal e.V.“.

Lange genug haben die Dorfbewohner und die Vereine darauf gewartet, „ihre“ Kulturscheune „in Besitz“ nehmen zu können. Dass nun die langjährigen Bemühungen des Ortsbeirates und des Kultur- und Heimatvereins endlich Früchte tragen und der Ort ein kulturelles Zentrum erhielt, weckte große Erwartungen bei den Bürgern von Marquardt.

Zur Gewährleistung einer möglichst lückenlosen Auslastung der Kulturscheune ist ein Veranstaltungsmanagement geplant.

Lange genug haben die Dorfbewohner und die Vereine darauf gewartet, „ihre“ Kulturscheune „in Besitz“ nehmen zu können. Dass nun die lang-

jährigen Bemühungen des Ortsbeirates und des Kultur- und Heimatvereins endlich Früchte tragen und der Ort ein kulturelles Zentrum erhält, weckte große Erwartungen bei den Bürgern von Marquardt. Das attraktive und vielseitig nutzbare Gebäude mit Leben zu erfüllen, fördert die Dorfgemeinschaft in diesem Ortsteil der Landeshauptstadt Potsdam. Vorgesehen sind Veranstaltungen der ortsansässigen Vereine: neben dem Kultur- und Heimatverein, dem Anglerverein und der Freiwilligen Feuerwehr, aber auch der Schule und der Kita sowie deren Fördervereine sowie Musikveranstaltungen, Vorträge, Seniorennachmittage, Ausstellungen, Sport- und Fitnesskurse und ein Scheunenmarkt mit einheimischen Produkten.

Angeboten wird die Kulturscheune auch zur privaten Nutzung für Familienfeiern, Betriebsjubiläen und für zünftige Dorfhochzeiten.

Ein bunter Veranstaltungskalender kündigt von den kulturellen Höhepunkten des Jahres 2009.

In Ermangelung ähnlich großer Kultur- und Gesellschaftsräume können sich auch die benachbarten Ortsteile Uetz-Paaren und Satzkorn an einer Nutzung der Marquardter Kulturscheune beteiligen

*Dr. Wolfgang Grittner,
Ortsvorsteher
von Marquardt*

„Affe, Schaf & Känguru“ zum 11. Mal

Der Brandenburger Vorstadt e.V. hatte für den 20. Juni 2009 alle Familien, Freunde, Nachbarn und Bekannte herzlich eingeladen, mitzufeiern und sich am bunten Programm der Kinder und Künstler der Brandenburger Vorstadt und Potsdam Wests zu erfreuen.

Zum Gelingen des Festes trugen viele fleißige Helfer, Sponsoren, ansässige Gastronomen, Gewerbetreibende, Vereine und Verbände aus dem Stadtteil sowie der Erlösergemeinde bei. Die „Hauptüberschrift“ des Bürgerfestes auf dem Dr.-Rudolf-Tschäpe-Platz an der Erlöserkirche war wieder „Affe, Schaf und Känguru“. Und das aktuelle Motto lautete: „Sommer im Kiez“.

Wie in den vergangenen Jahren, so ließen sich auch in diesem Jahr die zahlreichen Gäste von dem abwechslungsreichen Programm, den vielfältigen Angeboten und dem bunten Treiben faszinieren – trotz einiger Wetterkapriolen.

Viele trugen zum Erfolg bei. Von der Kindernothilfe bis zum

„Ritterfechten“ des Preussischen Fechtklubs (Foto), von den Stadtwerken über Wohnungsgenossenschaften bis zu örtlichen Unternehmen trugen fast 60 Teilnehmer mit ihren Ständen zum Erfolg bei. So auch ein Infostand der LINKEN, an dem der Bundestagsdirektkandidat Rolf Kutzmutz den interessierten Bürgern zum Gespräch über die drängenden Probleme in Potsdam-West und darüber hinaus bereitstand. Gleichzeitig war die SVV-Stadtverordnete der LINKEN, Dr. Karin Schröter, vor Ort und sammelte Unterschriften für das Bürgerbegehren freies Griebnitzseeufer. Sie konnte u. a. den Pfarrer der Erlöserkirche, Konrad Elmer-Herzig (Foto r. u.), dazu gewinnen.

Insgesamt kann der Verein Brandenburger Vorstadt wieder ein gelungenes Fest resümieren. Auch die Glindower Kirschkönigin (Foto) und Alt-Ministerpräsident Manfred Stolpe schauten auf dem Dr.-Rudolf-Tschäpe-Platz vorbei.

Fotos: Drescher/Martin



Die Veranstaltung wird seit 1997 vom Verein Brandenburger Vorstadt organisiert. Der Verein wurde im November 1996 von Bürgerinnen und Bürgern des Stadtteils gegründet und zählt heute ca. 40 Mitglieder; Bewohner und Geschäftsleute aus dem Stadtteil, aber auch Freunde und Unterstützer in ganz Potsdam und Umgebung. Der Verein will die Entwicklung der Brandenburger Vorstadt (einschließlich der Bereiche Potsdam-West und Kiewitt) fördern und die Verbundenheit und Identifikation der Menschen mit ihrem Stadtteil stärken. Er hat sich die Erhöhung des Bekanntheitsgrades der Brandenburger Vorstadt in Potsdam und dem Umland zum Ziel gesetzt. So versteht er sich als Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger und ihre Interessen, nimmt Stellung zu Planungen und zur Gestaltung von Einkaufsmöglichkeiten, Straßen und Spielplätzen. Der Verein setzt sich für mehr Sauberkeit in dem Stadtteil, für die Pflege der Grünflächen, den Denkmalschutz in der Brandenburger Vorstadt, die Instandhaltung von Straßen, Häusern, Sport- und Spielanlagen ein. Und er fördert letztlich den Dialog zwischen den Interessengruppen des Stadtteils mit der Verwaltung und den Politikern der Stadt Potsdam.

Quelle: www.brandenburger-vorstadt.de

Neues aus dem Ortsteil Eiche:**Bürgertreff wurde eingerichtet**

Auf Bemühen des Ortsbeirates und mit finanzieller Unterstützung der Stadt konnte in Eiche ein Bürgertreff geschaffen werden. Ein kleines rekonstruiertes historisches Gebäude auf dem Gelände der Kita in der Kaiser-Friedrich-Straße 106, gegenüber der Grundschule, beherbergt jetzt zwei schicke Räume sowie Teeküche und WC. Der Bürgertreff wird am 3. Juli 2009 mit einem kleinen Ortsteilfest eingeweiht. Er steht fortan Bürgern und Vereinen für Veranstaltungen zur Verfügung. Anmeldungen zur Nutzung erfolgen bei Vertretern des Ortsbeirates.

Dipl.-Ing. Ralf Jäkel

Profil zeigen**Ein Straßenzustandsbericht aus Marquardt**

Die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise als Chance zu begreifen, hört man allenthalben, auch aus Regierungskreisen. Warum nicht? Als dafür geworben wurde, lang- und mittelfristig geplante Straßenbaumaßnahmen zeitlich vorzuziehen, um damit Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft zu sichern, gab es für den Marquardter Ortsbeirat kein Zögern. Die dringend notwendige Instandsetzung eines Teiles der Verbin-

dungsstraße zwischen der Bundesstraße B 273 und dem Ortseingang von Marquardt wurde für das so genannte Konjunktur-II-Paket vorgeschlagen.

Dass eine Erneuerung des Straßenbelages erfolgen muss, wurde wiederholt begründet und in der Prioritätenliste vorangestellt, mit der Aussicht, dass es noch 2–3 Jahre dauern würde.

Um die Dringlichkeit nochmals zu verdeutlichen, hat der neue Ortsvorsteher von Mar-

quardt eine aktuelle Bestandsaufnahme mit der fotografischen Abbildung der Fahrbahnschäden erstellt. Das Profil des Straßenpflasters ist waschbrettartig gewellt und vor allem an den Straßenrändern verkantet oder ausgebrochen. Im Bereich der Grabenbrücke (Foto) erfolgt bereits eine Fahrbahneinengung mit vorgegebenem Richtungsverkehr.

Nicht nur, dass Erschütterungen an den Fahrzeugen zu Schä-

den führen und sich die Radkappen lösen, auch die erhöhte Lärmbelastung ist eine Störgröße für die Bewohner am parallel verlaufenden Driftweg.

Um keine längere Verzögerung eintreten zu lassen, wurde das Anliegen des Ortsbeirates mit einem Antrag der Stadtfraktion DIE LINKE im Januar 2009 unterstützt: „Dringende Infrastrukturmaßnahmen im Ortsteil Marquardt“.

Der Ortsvorsteher nutzte die Gelegenheit, den Antrag in den Ausschüssen für Klima, Ordnung, Umwelt und Landwirtschaft sowie Stadtentwicklung und Bauen eingehend zu begründen.

Anfang März haben die Stadtverordneten dem Antrag zugestimmt, die Verwaltung soll noch vor der Sommerpause über die eingeleiteten Maßnahmen informieren.

Wenn durch die Bereitstellung finanzieller Mittel nach dem Konjunktur-II-Paket davon ausgegangen wird, dass Arbeitsplätze erhalten bzw. neu geschaffen werden, so wird diese Zielsetzung in jedem Fall erreicht: Bei einer Realisierung des Antrages werden Arbeitsplätze eines Potsdamer Baubetriebes gesichert, bei einer Zurückweisung haben die Kfz-Werkstätten um so mehr zu tun!

*Dr. W. Grittner
Ortsvorsteher*



Das Max-Planck-Institut für Molekulare Pflanzenphysiologie veranstaltet auch in diesem Jahr vom 2. Mai bis 30. September Feldführungen unter dem Motto „KOMM INS BEET“.
Praktische Beispiele veranschaulichen die Grundlagen der Vererbung, Pflanzenzüchtung und nachwachsender Rohstoffe. Auch werden der züchterische Einsatz von Biodiversität und gentechnische Methoden in der Pflanzenzucht erläutert.

Eine Führung über die Freiflächen und durch die Gewächshäuser dauert ungefähr 1,5 Stunden und ist kostenlos.



Gruppen ab 5 Personen können sich unter Telefon 0331/567 82 75 oder Mail beet@mpimp-golm.mpg.de zu den Führungen anmelden.

Zusätzlich finden an jedem ersten Samstag im Monat um 14.00 Uhr Führungen statt: 04.07.09, 01.08.09, 05.09.09.

Treffpunkt ist der Empfang im Zentralgebäude der Max-Planck-Institute in Golm.

Zur DDR-Debatte, gestartet in „Potsdams andere Seiten“, Juni 2009, Seite 9

Nur eine komplexe Sicht wird Bestand haben

Sascha Krämer, Stefan Wollenberg, Pete Heuer und Tino Erstling laden in „Potsdams andere Seiten“ vom Juni zur DDR-Debatte ein. Ich will den Ball gern aufnehmen.

Der Text der vier ist für mich nicht überzeugend, denn er besteht lediglich aus einer ziemlich wahllosen Aneinanderreihung von dieser und jener längst bekannten Ansicht, und es fehlt ihm am Entscheidenden: an Gerüst, Methode und eigener Idee.

Wenn eine – ich zitiere – „kritische Aufarbeitung der DDR-Geschichte ... gesamtdeutsch und generationenübergreifend Akzeptanz“ finden soll, dann muss diese DDR-Geschichte selbstverständlich auch gesamtdeutsch betrachtet werden. Die Autoren tun genau dies gerade nicht. Sie lösen die DDR aus allen Zusammenhängen heraus, betrachten sie als beziehungslosen, frei im Raum schwebenden Solitär. Damit kann man den Zeitgeist bedienen und wohlfeile Verdikte

schmieden – mit Aufklärung aber hat das nichts zu tun.

Nichts geht ohne Antwort auf die Frage nach dem Woher und Warum der DDR. Die DDR war nicht etwa – wie es heute manchmal scheinen mag – die mehr oder weniger aberwitzige Herausbrechung eines Teils von Deutschland aus einer ansonsten heilen und wunderbaren Welt, sondern Resultat einer Weltkatastrophe, an deren Zustandekommen Deutschland entscheidenden Anteil hatte, und sie hatte eine Zwillingsschwester, die BRD, mit der sie zeitlebens aufs engste verknüpft und verwoben war – in einem durch den weltweiten Ost-West-Systemkonflikt geprägten Verhältnis von Spannung und Kampf gegeneinander, in dem jede Aktion zugleich Reaktion war und neue Aktion und Reaktion hervorrief. Wenn diese komplexe Realität nicht am Ausgangspunkt aller Überlegungen steht, bleiben die Untersuchungen selektiv, punktuell, oberflächlich – und für die



Zukunft, um die es ja doch gehen soll, wenig hilfreich.

Der Versuch, gegen die Verheerungen des Faschismus ein sozialistisches Gesellschaftsmodell zu setzen, war selbstverständlich legitim. Dass dieser Versuch im Zeichen des Stalinismus stand und nicht des von Marx gemeinten freiheitlichen Sozialismus, und dass zugleich dieser Versuch auch von westdeutscher Seite stets mit äußerster Vehemenz bekämpft und behindert worden ist, hat mit eben jener schon genann-

ten Weltkatastrophe zu tun. Eine ideenreiche, neue Betrachtung halte ich für notwendig hinsichtlich der so oft ins Feld geführten wirtschaftlichen Unterlegenheit der DDR. In einer Zeit, da die Wachstumslogik des Kapitalismus so deutlich alle Lebensressourcen bedroht, wie das für alle unübersehbar der Fall ist, muss der in der DDR unternommene Versuch, andere Pfade zu beschreiten, wieder ganz neu befragt werden.

Nun wehren sich manche gegen solche komplexe Sicht, weil sie meinen, dann käme die Selbstkritik zu kurz. Da ich hier nur wenige Zeilen habe, verweise ich auf mein Buch „Michael Schumann. Hoffnung PDS“ aus dem Jahre 2004, meine seit 1993 zahlreichen Aufsätze und Artikel zum Thema in der Zeitschrift „UTOPIE kreativ“ (nachzulesen unter www.rosalux.de) sowie meine Texte im Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus (zu finden unter www.inkrit.org).

Dr. sc. Wolfram Adolph

Nachlesen bei Andersdenkenden ...

...das kann hilfreich sein; zu empfehlen: Hans Otto Bräutigam („Ständige Vertretung. Meine Jahre in Ostberlin“). Die Autoren des Beitrags „Die DDR – wie wir sie sehen“ in der LINKEN „Monatszeitung für die Landeshauptstadt“ haben das eindeutig versäumt. Dafür ein Lob in der Berliner Zeitung vom Freitag dem 15. Mai 2009, wo Brigitte Fehrlé unter dem Titel „Wechselstimmung“ schreibt: „Was sich 1989/90 zunächst als SED/PDS, später als PDS gründete, war mehr als eine Partei. Es war gewissermaßen eine Selbsthilfegruppe; die hat dazu beigetragen, dass die ehemaligen überzeugten DDR-Bürger den Westen verstehen und akzeptieren lernten“ (abartige „Vereinigung“). So hat sich auch in Potsdam aus den Autoren Sascha Krämer, Stefan Wollenberg, Pete Heuer, Tino Erstling eine solche „Selbsthilfegruppe“ konstituiert. Roland Claus hatte nach dem ‚Beitritt‘ einen „behuhten Imagewechsel“ der Partei angemahnt, der ist jetzt vollzogen, auch unser Autorenquartett versteht, dass die „be-

hutsame“ Phase dieses „Wechsels“ abgeschlossen ist, sie verkünden offen – besser spät als gar nicht –, was „die“ Partei, was die „Reformer“ eigentlich anstrebten.

Das ist der renommierten Berliner Zeitung nicht entgangen. „Die PDS samt Gregor Gysi und Lothar Bisky ist als Integrationsbeauftragte für die gedeihliche Entwicklung des vereinten Deutschland nicht hoch genug zu schätzen“; „Die PDS war in diesem Sinne erfolgreich. Sie hat Wahlen gewonnen, war an Regierungen beteiligt – im Osten, dort wo sie Partei und Erziehungsanstalt (!) zugleich war“ – so blieb nur, unsere Mitgliedsbeiträge als Kurtaxe zu verrechnen, von der AOK vergüten zu lassen, bzw. von der Steuer abzusetzen.

Doch gemacht, sogar ich habe in dem Beitrag einen Platz gefunden: „Der Fakt, dass aktuellen Studien zufolge das Herrschaftssystem der DDR von den Menschen als vergleichsweise milde wahrgenommen wird“; kein Wunder, wenn die ‚rauen Herrschaftssysteme‘ dieser



morschen Gesellschaft so gnadenlos an unsere Tür klopfen. Die nachträgliche Lynchjustiz verwundert; üble Nachrede ist bei Verstorbenen nicht üblich – auch im „geliebten Deutschland“ (Gabi Zimmer). Bei Apologeten erwartet man nicht gerade Aufdeckung von Mängeln; etwa die tägliche Bereicherung der ohnedies Schönen und Reichen, aber die ‚Bereicherung‘ des deutschen Berufsprofils nach dem ‚Beitritt‘ war schon erwähnenswert, d.h., wie viele Berufe sind neu erstanden oder wiedergeboren – Callgirl, Broker, Zeitungsjunge, Zuhälter, Dienstmädchen, Hausierer, Dominas und Wahrsagerinnen –

von den Autoren „vergleichsweise milde wahrgenommen“.

In der Lesart von Brigitte Fehrlé wären unsere Autoren in genannter „Erziehungsanstalt“ lediglich Personal für diese „überzeugten DDR-Bürger“ – damit Wähler! – die „den Westen akzeptieren lernen“; mit unterschiedlichem Erfolg, denn es gibt – nach aktuellen Studien – jede Menge renitenter und resistenter Mitglieder, die würden dann zu ewigen Patienten, ihnen droht „lebenslängliche“ Um-„Erziehung“, bzw. Mitgliedschaft. Das „Diskussionsangebot“ wäre dann nur noch Bestandteil des Therapieprogramms „einer gedeihlichen Entwicklung des vereinten Deutschlands“, einer Partei, der droht, „behuhten“ zur Tafelbewegung zu verkommen.

„Lafontaines Textbausteine zum internationalen Finanzkapitalismus jedenfalls entbehren nicht einer gewissen Plausibilität“, resümiert die Berliner Zeitung – dem hätten unsere „Selbsthilfegruppen“ an der Basis kaum etwas hinzuzufügen. Walter Ruge

Meinungen sind gefragt

„Die DDR – wie wir sie sehen“ – so lautete der Titel eines Diskussionsangebots in der Juni-Ausgabe unserer Zeitung. Eine Geschichtsdebatte, wen interessiert das überhaupt?

Es interessiert Menschen, die uns nach wie vor misstrauen. Sie trauen uns nicht zu, kritikfähig zu sein in unserem DDR-Bild. Und sie postulieren blanke Einseitigkeit in ihrer Geschichtsbetrachtung. Wir hingegen wollen eine dialektische Geschichtsdebatte. Dazu sehen wir sehr wohl die Leistungen der DDR, ohne gleich den Vorwurf ernten zu müssen, dass wir die Missstände vergessen. Gleichzeitig sollen GegnerInnen der DDR ihre Geschichte erzählen dürfen und ihre Sicht einbringen, ohne ihrerseits den Vorwurf kassieren zu müssen, dass sie die Leistungen nicht beachten.

Wir denken auch an die jungen Leute, die wir für linke Politik interessieren wollen. Sie haben die DDR nicht kennen gelernt. Und sie stehen unter dem sehr einseitigen DDR-Bild, das tagtäglich in den Medien vermittelt wird. Und natürlich interessiert die Geschichtsdebatte unsere eigene Mitgliedschaft – vor allem die Älteren. Immerhin geht es um ihre Arbeit, um ihr Leben. Und es geht um Achtung ihrer Leistungen und ihres Engagements. In der Geschichtsdebatte und bei einer kritischen Bewertung der DDR geht es aber nicht um die Diffamierung der Leistung und des Engagements Einzelner. Es geht um die Bewertung historischer Prozesse, um die Bewertung des Gesamtergebnisses. Und da dürfen kritische Punkte nicht ausgespart werden. Denn uns ist klar, dass ohne ein Verhältnis zur Geschichte die Zukunft nicht zu haben ist.

Wir sind gespannt auf weitere Meinungen.

Die Redaktion

Mitwirken – gestalten – verändern

Bürgerhaushalt 2010 – Vorschlagssammlung startet am 7. Juli im Stadthaus Potsdam

Terminhinweise:

Auftaktveranstaltung Bürgerhaushalt 2010

Dienstag, 7. Juli 2009, 18 Uhr
Plenarsaal des Stadthauses
Potsdam
Friedrich-Ebert-Str. 79-81,
14469 Potsdam

Stadtteilversammlungen Bürgerhaushalt 2010

Dienstag, 29. September
2009, 18 Uhr
Bahnhofspassagen Potsdam
Babelsberger Str. 16, Potsdam

Mittwoch, 30. September
2009, 18 Uhr

Bürgerhaus Sternzeichen
Galileistr. 37-39, 14480 Pots-
dam

Donnerstag, 1. Oktober 2009,
18 Uhr

Biosphäre Potsdam
Georg-Hermann-Allee 99,
14469 Potsdam

Der Bürgerhaushalt der Landeshauptstadt Potsdam geht in eine neue Runde. Die erste Bürgerversammlung am 7. Juli 2009 bildet den Auftakt für den Bürgerhaushalt 2010. Alle Potsdamerinnen und Potsdamer, die aktiv die Entwicklung ihrer Stadt mitgestalten wollen, erhalten ab 18 Uhr im Plenarsaal des Stadthauses Potsdam die Gelegenheit, sich zu informieren und eigene Vorschläge einzubringen.

Im Vordergrund dieser Veranstaltung wird die Vorstellung des Bürgerhaushaltsprozesses und der neuen Beteiligungsgegenstände stehen. Daneben erhalten Besucherinnen und Besucher Informationen zur Finanzlage der Landeshauptstadt Potsdam. Auch besteht die Möglichkeit, mit Fachleuten aus Politik und Verwaltung ins



Gespräch zu kommen und eigene Vorschläge zu unterbreiten.

In der Zeit vom 7. Juli bis Ende September 2009 können dann wieder alle Potsdamerinnen und Potsdamer ab 14 Jahren ihre Ideen einbringen. Dazu stehen der Postweg und das Inter-

net sowie drei Bürgerversammlungen am 29. und 30. September und 1. Oktober 2009 zur Verfügung. Erstmals besteht in diesem Jahr auch die Möglichkeit, telefonisch unter 0331 289-1120 Vorschläge abzugeben. Gesucht werden Anregungen, wofür Geld ausgegeben oder an welchen Stellen Geld eingespart werden soll. Dabei können alle Interessierten anhand unterschiedlicher Themenbereiche Empfehlungen geben, wie Stadtteile schöner gestaltet werden sollten oder Verbesserungsmöglichkeiten in Potsdam benennen.

Vorschläge, Anregungen und Ideen können an die Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Potsdam, Zentrale Steuerungs-

unterstützung – Projektteam Bürgerhaushalt, Friedrich-Ebert-Straße 79-81, 14469 Potsdam, oder per Fax an 0331 289-841120 gesandt werden.

Bereits im letzten Jahr beteiligten sich mehr als 2000 Potsdamerinnen und Potsdamer mit vielfältigen und interessanten Vorschlägen am Bürgerhaushalt. Im Ergebnis bestimmten Wünsche zur Einführung des kostenlosen Nahverkehrs und Vorschläge zur Verbesserung der Radwegesituation die „Liste der Bürgerinnen und Bürger“.

Weitere Informationen zum Bürgerhaushalt 2010 sind im Internet nachlesbar unter www.potsdam.de/buergerhaushalt.



Himmelfahrt – ein Wandertag

Mit über 60 Teilnehmern fand die traditionelle Familienwanderung der LINKEN am Himmelfahrtstag wieder erfreulichen Zuspruch. Bei zuerst idealem Wetter ging es durch die frühlingshaften Ravensberge. Unterbrochen von kurzen Pausen mit knappen Informationen zu Waldgeschichte, Waldbau und Naturschutz, wurde nach einer Stunde die Schutzhütte am Langerwischer Weg erreicht. Dort erwartete uns Hella Drohla, Stadtverordnete der Fraktion DIE LINKE, mit Erfrischungen für Jung und Alt.

Die zweite Wanderstunde, nun schon von Konditionsunterschieden und drohenden Wolken begleitet, hatte am Schluss noch eine mühevollen Steigung, ehe unser Tagesziel „Falkenhof“ mit dem hohen Turm der ehemaligen meteorologischen Station winkte. Das vom Verein „Wald-, Jagd- und Naturerlebnis e.V.“ für unseren



Empfang und unsere Bewirtung vorbereitete Gelände bot, nun schon bei Donnerrollen und Regen, beste Aufnahme. Alle Wanderer, selbst die Kleinsten aus der Gruppe unserer vietnamesischen Gäste, konnten sich unter schützendem Dach der Mittagspause hingeben. Die Jagdhornbläsergruppe

aus Stücken bot nicht nur ungewohnte musikalische Klänge, sondern durch gut verständliche Moderation und fachgerechtes Vorstellen der historischen Instrumente wurde das sehr aufmerksame Publikum bestens unterhalten.

Ein Quiz zum Thema „Im Wald und auf der Heide“ lenkte

angenehm von dem immer heftiger gewordenen Regen ab. Die geplante Falkenvorführung musste wetterbedingt auf ein Programm reduziert werden, bei dem Frau Simm-Schönholz ihre souveräne Sachkenntnis mit Improvisation bestens verband. Wer unser Wanderziel, das wir schon 2006 gewählt hatten, aufmerksam anschaut, musste Überraschendes feststellen. Aus dem ehemaligen Provisorium, dessen Potenzial ein Laie nicht erahnen konnte, ist baulich, gestalterisch und funktional ein Erlebnisbereich geworden, der die viele Mühe, den Ideenreichtum und den Optimismus des Ehepaars Simm-Schönholz und seiner Helfer eindrucksvoll zeigt. Der „Falkenhof“ macht seinem Namen alle Ehre. Ihn zum Wanderziel gewählt zu haben, konnten wohl alle unsere Wandergenossen gutheißen.

Dr. R. Drohla

Alternatives Jugendzentrum muss Realität werden

Mittlerweile ist mehr als ein Jahr seit der Schließung von „Spartacus“ und S13 vergangen. Der von den LINKEN ausgelöste Auftrag an den Oberbürgermeister, zügig eine Ersatzlösung für diese innerstädtischen Einrichtungen der Jugendkultur zu finden, ist praktisch ignoriert worden, bis DIE LINKE im Februar den Vorschlag gemacht hat, den ehemaligen Wasserbetrieb in der Friedrich-Engels-Straße für diesen Zweck nutzbar zu machen.

Dieser Vorschlag fand große

Zustimmung unter den Jugendlichen der Stadt. Nach vielfältigen mehr oder weniger einfallreichen Querschüssen der Rathauskooperation ist es jetzt so weit, dass sich DIE LINKE mit einer verbindlichen Vorgabe an die Verwaltung durchsetzen konnte. Danach soll das EWP-Grundstück in der Friedrich-Engels-Straße für „Spartacus“, S 13, Bandprobenräume und Graffitiflächen gesichert und schrittweise auf Grundlage der Skizze zur Machbarkeit des Projektes „freiLand“ entwickelt werden.

Zugleich wurde die Verwaltung mit diesem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung beauftragt, im September eine Beschlussvorlage für das Gesamtvorhaben „freiLand“ vorzulegen. Parallel dazu laufen entsprechende Aktivitäten in der EWP und den Stadtwerken. Wenn jetzt von SPD, CDU und FDP im Finanzausschuss erneut Vorbehalte wegen angeblicher Finanzierungslücken bei den Investitionskosten geäußert werden, sei darauf verwiesen, dass die gleichen Fraktionen offenbar

keinerlei Bedenken haben, sich trotz der schmerzlichen Erfahrungen schon wieder auf abenteuerliche Planungen für ein neues Freizeitbad einzulassen. Dabei scheint das Geld keine Rolle zu spielen, obwohl die bereits benannten voraussichtlichen Kosten von etwa 24 Millionen Euro – das ist etwa dreimal so viel, wie eine Sanierung der Schwimmhalle am Brauhausberg kosten würde – ausschließlich von der Stadt, in diesem Falle von den Stadtwerken, gestemmt werden müssten. Beim

alternativen Jugendzentrum wird dagegen ein Investitionszuschuss der Stadtwerke in Höhe von 440 000 Euro in Frage gestellt.

DIE LINKE wird sich weiter mit Konsequenz für die Realisierung eines Jugendzentrums in der Friedrich-Engels-Straße einsetzen und zugleich dafür kämpfen, dass es keine Festlegungen für ein neues Freizeitbad gibt, die bezüglich des Standorts und hoher Investitionskosten am Willen der Bevölkerung vorbegehen. *Dr. H.-J. Scharfenberg*



Schwimmhalle – wie weiter?

Die Schwimmhalle Brauhausberg sollte erhalten und ergänzt werden

In den letzten Tagen überschlugen sich Meldungen und Mutmaßungen zur Zukunft der Potsdamer Schwimmhalle auf dem Brauhausberg. Es wird orakelt, man müsste sie abreißen, sollte den ganzen Berg samt

Grünfläche meistbietend als Baufläche verhöckern und, egal wie, mit irgendetwas bebauen. Hauptsache, es spült Geld in die Kasse. Eine Schwimmhalle könnte anderswo – in der Waldstadt oder neben der Buga-Hal-

le, Biosphäre, neu gebaut werden. Ich meine, man sollte diese wilden Spekulationen versachlichen. Es gibt keinen besseren Platz für die Schwimmhalle wie den jetzigen, der so zentral für alle Potsdamer erreichbar ist.

Die Halle selbst wurde bereits zum Teil saniert. Sie stellt ein bemerkenswertes Beispiel der Architektur der siebziger Jahre dar. Die Halle lässt sich mit vertretbarem Aufwand dauerhaft erhalten und modernisieren. Darum halte ich es für das Vernünftigste, neben der Schwimmhalle einen modernen Ergänzungsbau zu bauen, der Wasserrutsche und Spielelemente sowie Erholungsangebote in verschiedenen Becken enthält. Dieser Bau sollte Baden mit Blick auf das Panorama der Stadt Potsdam zum Erlebnis verbinden, sowie mit einem Verbindungsgang an die große Sportschwimmhalle angeschlossen werden und nach Sanierung derselben gemeinsam mit ihr betrieben werden. Eine solche Lösung halte ich allemal für besser als die Abriss- und Verlagerungspläne! Wie ist Ihre Meinung dazu?

Dipl.-Ing. Ralf Jäkel

ALG-II-Bezieher generell von GEZ- Gebühren befreien!

Zur Ankündigung der Bundesanstalt für Arbeit (BA), jedem ALG II-Bezieher mit Zusage des Bewilligungsbescheides ab Juli 2009 automatisch eine Bescheinigung zur Vorlage bei der GEZ zur Gebührenbefreiung zu übersenden, erklärt Jana Schulze, sozialpolitische Sprecherin der SVV-Fraktion DIE LINKE: „Konsequent wäre gewesen, wenn die BA jeden Bezieher von ALG II generell von der GEZ-Gebühr befreien würde. Damit könnten unnötige Einzelbeantragungen durch jeden Bezieher und damit unnötiger zusätzlicher Verwaltungsaufwand bei den beiden Institutionen (GEZ und BA) vermieden werden. Der Abschluss einer entsprechenden Vereinbarung zwischen der GEZ und der BA ist längst überfällig.“



Tradition – 5. Kinderfest Am Stern



Der Landtagsabgeordnete Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg und Brigitte Oldenburg (SVV, DIE LINKE) feierten im Juni gemeinsam mit 300 Kindern und ihren Eltern auf dem traditionellen 5. Kinderfest Am Stern vor dem Bürgerhaus „Sternzeichen“. Viele ansässige Vereine vom Stern waren aktiv dabei und sorgten für eine zünftige Stimmung für Jung und Alt.

LINKE mit „Vielfalt“ im „Thalia“



Die Kinder der Kita „Vielfalt“ aus der Potsdamer Puschkinallee feierten im Filmtheater „Thalia“ nachträglich Kindertag mit der LINKEN. Nach Basteln, Malen und Spielen wurde der Film „Hundehotel“ gezeigt. Die Landtagsabgeordnete Anita Tack und Olga Schummel (Kreisvorstand) betreuten gemeinsam mit den Erzieherinnen die Kinder.

Sacrower „Momente“ in Farbe

Wann kann man das schon mal: alle Jahreszeiten auf einmal am Sacrower See genießen? Mit-drin in der einzigartigen Landschaft, im Schloss Sacrow, kann man das betrachten, wie Hans-Jürgen Gaudeck (l.) die Landschaft rund um den Sacrower See sieht und mit Aquarell-

farben, Wasser und Pinsel auf Papier wiedergegeben hat. „Es sind Momente“, sagt der Künstler, „in denen man die eigene Stimmung schnell aufs Papier bringen muss.“ Daher male er auch kaum in Öl, liebe die Aquarellmalerei, weil man mit schnellen Pinselstrichen seine

Gefühle ausdrücken könne, die einen beim Streifen durch die Landschaft gerade im Moment befallen. „Aquarelle sind Augenblicksmalerei, sehr spontan, mein ganz eigenes Produkt des einen Momentes.“

Solche Bilder hat der Klado-
wer seit der Grenzöffnung 1990

am Sacrower See fast unzählige gemalt, seit er die Tabu-Zone mit ihrer unvergleichlichen Unberührtheit erkundet hat. 45 Bilder hat er für die Ausstellung ausgewählt und die verschiedensten Stimmungen in der Landschaft, am Seeufer, auf der Lichtung im Wald, den Wanderweg entlang, ein Haus im Hintergrund nach Jahreszeiten präsentiert.

Eine Ausstellung, die Karin Schröter die Erinnerung an ihre Kindheit belebt: Die Vorsitzende des Kulturausschusses der Stadt Potsdam, DIE LINKE, die die Ausstellung eröffnet hat, findet das Gefühl wieder, wie der „verwünschte Ort“ in ihrem Gedächtnis geblieben ist, als sie hier noch die Wälder erkunden konnte. Anerkennende Worte fand Schröter auch für das Wirken des ortsansässigen Kunstvereins Ars Sacrow.

Und dass die Bilder ihren besonderen Reiz haben, bewunderten schon bei der Vernissage zahlreiche Besucher aus der Region. Die Ausstellung ist bis zum 30. August im Sacrower Schloss zu sehen.

-rd



tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Mittwoch, 01.07.2009, 18.00 Uhr:
Potsdamer Buchpremiere „Das 41. Jahr. Eine andere Geschichte der DDR“. Vortrag und Diskussion mit dem Autor Prof. Dr. Dieter Segert, Universität Wien. **RLS

Donnerstag, 02.07.2009, 18.00 Uhr:
Filmmuseum Potsdam: „Kuhle Wampe oder wem gehört die Welt“. **RLS

Freitag, 03.07.2009, 10.00 Uhr:
Rhetorik und Vorlesetraining – wie stellt man spannend ein Sachbuch vor? Teil 1. **RLS

Montag, 06.07.2009, 10.00 Uhr:
Sommertour der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Landesgruppe Brandenburg – Dagmar Enkelmann, Alleestraße 3

Montag, 06.07.2009, 19.00 Uhr:
DIE LINKE wirkt – mit D. Enkelmann, H. J.

Scharfenberg, R. Kutzmutz, A. Tack (Ort: siehe Tagespresse)

Freitag, 10.07.2009, 14.30 Uhr:
Im Gespräch mit dem Stadtverordneten Pete Heuer „Politik für unseren Alltag“ *Dahlweid

Freitag, 10.07.2009, 15.00 Uhr:
Bahnhofspassagen Potsdam: Eröffnung des Wahlquartiers der LINKEN

Dienstag, 14.07.2009, 14.30 Uhr:
„In Spanien unterwegs“. Eine Reise aus der Reihe „Ferne Länder – fremde Kulturen – nahegebracht“ mit Dr. Rolf Rönz. *Dahlweid

Dienstag, 21.07.2009, 14.00 Uhr:
„Musikalischer Rätselnachmittag“ mit Manfred Bischoff. Sie können bekannte Melodien raten, aber auch mitsingen, und in den Pausen nach beliebten Melodien Walzer oder Polka tanzen. *Dahlweid

Mittwoch, 22.07.2009, 13.30 Uhr:
„18, 20, Buben 'raus“ – Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Kunicke. *Dahlweid

*Dahlweid – Seniorenfreizeitstätte der Dahlweid-Stiftung, Edisonallee 11, Zentrum-Ost
**RLS – Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dortustr. 53, Potsdam